

**21. Karlsruher Gespräche 2017
Die pluralistische Gesellschaft und ihre Feinde**

Einführung am Freitag, 3. März 2017
Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha

– Es gilt das gesprochene Wort –

Einführung

Das Thema der diesjährigen Karlsruher Gespräche „Die pluralistische Gesellschaft und ihre Feinde“ drängt sich aus einer Vielzahl von Gründen auf: Populismus, das immer sichtbarere Aufkommen von intoleranten nativistischen und nationalistischen Bewegungen sowie die Ausweitung von Radikalisierungen und Extremismen in einer Vielzahl von Varianten und an vielen Orten, auch nahen Orten, sind inzwischen evidente und empirisch beobachtbare Phänomene – einerseits. Gleichgültigkeit, Selbstbezogenheit, Respektlosigkeit, mangelnde Wertschätzung, Politikverdrossenheit, Rückzug in die Privatsphäre und/oder, je nach ökonomischer Lage, in die Konsumgesellschaft – andererseits. Aber auch Gruppenzwang und soziale Kontrolle innerhalb und außerhalb der Netzgesellschaft tragen weiterhin und verstärkt dazu bei, den pluralistischen demokratischen Rechtsstaat unter Druck zu setzen.

In unserer globalisierten Welt betrachten wir nicht bloß die Fortsetzung von Trends, die wir in den vergangenen Jahren diskutiert haben, sondern deren Zuspitzung. Eine Zuspitzung auf der geopolitischen internationalen Ebene und auf der national-regionalen Ebene. Viele langjährige Projekte und Anstrengungen der internationalen Zusammenarbeit, des interkulturellen Dialogs der Verständigung und auch der bereits erzielten pragmatischen grenzüberschreitenden Erfolge in der Lösung von Problemen sind gefährdet. Aber auch die friedliche Nachbarschaft in Vielfalt und der fruchtbare Austausch der Kulturen in unseren Städten stellen sich keineswegs als selbstverständliche lineare Entwicklung und Leistung moderner pluralistischer Gesellschaften dar.

In der Folge der in diesem Jahr anstehenden Wahlen wählen die Niederlande in weniger als zwei Wochen als Erste. Was, können wir uns fragen, ist mit den Niederlanden los? Einst in Theorie und Praxis das europäische Vorbild für eine offene pluralistische Gesellschaft, für den interkulturellen Austausch und das multikulturelle Zusammenleben. War das bloß ein lieb gewordener Mythos? Aus welchen Fehlern können wir lernen? Auch bei uns!

In den vergangenen 20 Jahren haben die Karlsruher Gespräche sich mit Themen beschäftigt, die durchaus das Etikett „Feinde der pluralistischen Gesellschaft“ für sich in Anspruch nehmen können. Lassen Sie mich dazu drei Leitthesen formulieren.

These 1: Die zunehmende Unübersichtlichkeit in unserer Welt hat ein großes Bedürfnis und eine wenig reale Sehnsucht nach Komplexitätsreduktion erzeugt.

Sie werden sich vielleicht erinnern: 2012 widmeten wir uns dem Thema der „Neuen Unübersichtlichkeiten in einer globalisierten Welt“. Ordnungskrisen waren durch die Finanzkrise unübersehbar und

lokal erfahrbar geworden. Wer war dafür verantwortlich? Welchen Anteil daran hatten fehlende nationale und internationale Kontrollinstanzen? Und sind derartige Gefüge überhaupt realistisch in Zeiten erschreckend enthemmter Geld- und Kapitalflüsse?

Gleichzeitig zeigten weitreichende und undurchschaubare politische Umbrüche ihre Wirkung. Hierzu zählte der hoffnungsgeladene Aufruhr des *Arabischen Frühlings*, der vor allem demokratische Teilhabe und neue Perspektiven für die junge Bevölkerung zu bieten schien. Im Westen dagegen machte bereits die Rede von der *Entzauberung der Demokratie* die Runde. Unübersichtlichkeit und Unübersehbarkeit der Folgen machen unsicher. Sie bieten Raum für Unsachlichkeit, für einseitige Auslegungen, für populistische Manipulation und auch für das verstärkte Aufkommen von scheinbar plebiszitär legitimierten autoritären Persönlichkeiten und Regimen. Der Gedanke, dass der starke Mann (mal wieder) gefragt ist, lässt wohl nicht nur mich schaudern!

Es ist vor allem eine Besonderheit der derzeit herrschenden Konstellationen, die zu der Unübersichtlichkeit, möglicherweise auch zur Unbeherrschbarkeit der gegenwärtig national sehr unterschiedlichen Lagen geführt hat.

These 2: Hochdynamische Prozesse der Komplexitätszunahme finden gleichzeitig statt. Sie beeinflussen Ursache-Wirkungs-Verhältnisse eingehend und beschränken damit unmittelbar die Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten einzelner gesellschaftlicher Prozesse.

Politik, rechtsstaatliche Institutionen, die Zivilgesellschaft und in zunehmenden Maße auch die wissenschaftsbasierte Voraussagefähigkeit der Wissenschaft werden beeinträchtigt. Hinzu kommt ein zunehmend feststellbarer Vertrauensverlust in zentrale gesellschaftliche Institutionen.

Die Langsamkeit der Institutionen in und an sich und die oft fehlende oder nicht hinreichende internationale, ressortübergreifende und überfachliche Kommunikation stellen eine wachsende und weitgehend ungelöste Herausforderung für pluralistische demokratische Gesellschaften dar. Lösungen lassen sich aber immer erst dann finden, wenn Probleme hinreichend erkannt und öffentlich wahrgenommen werden.

Konsensbildung, eine notwendige Voraussetzung für funktionsfähige Demokratien, braucht Zeit. Sie benötigt aber auch zuverlässige Informationen, Verantwortungsgesinnung, Empathie und Handlungskompetenz. Im internationalen Kontext der institutionalisierten Ordnungspolitik funktioniert Entscheidungsfindung häufig gar nicht oder zumindest unzureichend. Völkermord, Hungersnot, international organisierte Kriminalität, Menschenhandel – auch in Europa – und vieles mehr, sind traurige Zeugnisse von Zuständen, die auf schwerwiegende Dysfunktionalitäten hinweisen. Eine dysfunktionale internationale Ordnungspolitik wirkt in der Folge als ‚Feind‘ der pluralistischen Gesellschaft, öffnet sie doch die Tür für ‚Vereinfacher‘, Populisten, Verschwörungstheoretiker und für den Politikverdross.

Folgen von und Unterlassungen in der Interventionspolitik werden morgen eines unserer Themen sein. Die verheerende Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit und der Abbau des Rechtsstaats – die Hauptpfeiler pluralistischer demokratischer Gesellschaften –, das Aufkommen von autoritären Regimen und der (Selbst-)Beschneidung parlamentarischer Rechte, die Entstehungszusammenhänge, Verantwortlichkeiten und Wirkungen von ‚*failed states*‘: Unsere Referentinnen und Referenten werden Auskunft zu diesen gleichzeitig vonstattengehenden und in einander verwobenen komplexen Gesellschaftsprozessen geben. In gewohnter Weise werden sie in Kurzform berichten, analysieren, Lösungen suchen und ganz sicherlich nicht immer einer Meinung sein. Perspektivenwechsel und Horizonterweiterung bleiben zugleich Methode und leitendes Prinzip der Karlsruher Gespräche. Und das passt auch ganz besonders zu unserem diesjährigen Thema.

Denn: das erneute Aufkommen von Ideologien und Verschwörungstheorien in Form geschlossener, oft schwer überprüfbarer Denk- und Glaubenssätze befördert die Verbreitung von einfachen ‚Wahrheiten‘. Nicht nur ‚fake news‘, die eben in der Tat als ‚fake‘ und unwahr – in Karl Poppers Terminologie sich falsifizieren lassen – oder aber kurzerhand als sogenannte ‚alternative Fakten‘ propagiert, aber auch entlarvt werden. All dies sind ernst zu nehmende Feinde der pluralistischen Gesellschaft. Differenzierte Betrachtungsweisen und Darstellungen, die der Komplexität unserer rasch sich ändernden Gesellschaftskonstellationen angemessen wären, werden immer schwieriger. Es fehlt an Zeit, Geld und Aufmerksamkeit.

Und hier müssen wir lernen, besser mit einem in der Soziologie seit Langem bekannten Phänomen umzugehen, das uns heute zudem noch in komprimierter Form begegnet: das Problem der (Selbst-)Immunsisierung. In sich selbst stärkenden Online-Communitys, in Fach- und Expertenkreisen, in Kulturgemeinschaften, Interessengruppen und zivilgesellschaftlichen NGOs sowie in politischen Fraktionen und institutionalisierten Lobby-Verbänden besteht häufig die Neigung, Infragestellungen und Kritik aus dem Weg zu gehen. Wir halten uns gerne in Gemeinschaften auf, die uns gewogen sind! Insofern sind sowohl eine kritische Haltung als auch die grundsätzliche Bereitschaft sich auch gegen den Gruppen-Mainstream zu äußern eine unverzichtbare Voraussetzung für lebendige Formen der Meinungsvielfalt.

Die kampagnenmäßige Steigerung der Unterdrückung von Meinungsvielfalt besteht in der bewussten Organisation von Täuschungs- und einseitigen Behauptungskulturen und in der Leugnung oder gar aktiven professionellen Diffamierung des Gegenarguments. Insbesondere durch die exponentiell wachsenden Möglichkeiten der sozialen Netzwerke, des Internets, der Bots und der Trolle ist eine nicht mehr durchschaubare Situation entstanden. Sie wirkt selbstreferenziell. All dies sind Symptome und zugleich Verstärker einer ablehnenden Haltung gegenüber wissenschaftsgestützten, kritischen und offenen pluralistischen Gesellschaften.

These 3: *Das Mobilisierungspotenzial in der Übernahme gefühlsbetonter stereotypischer Zuordnungen von ‚gut‘ und ‚böse‘, von erwünscht und nicht erwünscht und von tradierten Teilidentitäten wird unterschätzt.*

Lassen Sie mich erst klarstellen: Stereotypische Zuordnungen als Erstorientierung können hilfreich sein. Sie sind ohnehin unvermeidbar, aber sie sind positiv gedeutet unvollständig und im negativen Sinn hochgradig problematisch, da sie zumeist falsch sind und sich schnell politisieren lassen: Alte, als überwunden geglaubte Trennlinien und nicht wirklich bewältigte Konflikte können durch negative Stereotypen neu entfacht werden. Wie schnell das geht, muss uns doch erschrecken!

Lassen Sie mich aber erst die positive, solidarische Mobilisierung der *Gemeinschaft der Helfer* nennen. Hier in Deutschland konnten wir 2015 infolge der Flüchtlingskrise eine Rekordzahl für Spendenaufkommen in Höhe von 5,5 Millionen Euro verzeichnen. 34 Prozent der Bevölkerung haben für eine Vielzahl von Initiativen gespendet. Dazu kommt die wirklich bemerkenswerte Anzahl von freiwilligen Helferinnen und Helfern insbesondere in der Flüchtlingshilfe. Gleichzeitig hatten wir aber einen dramatischen Anstieg an Brandstiftungen, rassistischen Überfällen, Einschüchterungen und Demütigungen. Laut einer vorläufigen Schätzung des Bundesministeriums des Innern gab es 2016 insgesamt 970 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und rund 2.400 Angriffe auf Flüchtlinge außerhalb der Unterkünfte.¹ Gemeinsam mit *Pro Asyl* kommt die *Amadeu Antonio Stiftung* auf noch höhere Zahlen. Darunter fallen 102 Brandstiftungen.²

¹ Bundesministerium des Innern, Tweet vom 06.02.2017; https://twitter.com/BMI_Bund/status/828622779004178432 [03.03.2017].

² Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle; https://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?&field_date_value%5Bvalue%5D [03.03.2017].

Die gezielte Ausbreitung neuer stereotypischer Generalisierungen und Zuordnungen wirkt stets mehr oder weniger mobilisierend. Nationale, ethnische, religiöse und kulturelle Selbst- und Fremdzuschreibungen sind oft vordergründig und noch häufiger divergent. Sie sind soziale Konstrukte, die als solche dekonstruiert werden müssen.

In seinem Buch „Die Identitätsfalle“³ hat der Nobelpreisträger Amartya Sen vor zehn Jahren die vielerorts zu beobachtende Situation eines ‚plural monoculturalism‘ beschrieben und treffende Fragen hinsichtlich des Modells der multikulturellen Gesellschaft gestellt.

Wir leben nebeneinander, wenn es gut geht koexistent, wir leben aber nicht miteinander. Wie alleine die politische Entwicklung innerhalb Europas zeigt: Intoleranz, Verrohung, Beleidigung und Respektlosigkeit bis hin zu offen rassistischen Handlungen bleiben allzu oft ungeahndet.

Wie lassen sich eine pauschale Diskriminierung von Muslimen und anderen Minderheiten sowie eine schnelle Schuldzuweisung vermeiden, die die Probleme einer ‚fehlgeleiteten Multikulti-Politik‘ zuschreiben? Wie begegnen wir denjenigen, die unser Bekenntnis zu pluralistisch orientierten Wertvorstellungen nicht teilen? Auf dem Hintergrund der Zielvorstellung einer ‚Interkultur für alle‘ gilt es, den Respekt und die Akzeptanz unserer pluralistischen Werte und unseres Lebensstils von allen einzufordern. In dieser Hinsicht kritisierte kürzlich der Kanadier **John Ralston Saul** die verfehlte Einwanderungs- und Integrationspolitik Europas.⁴ Er weist auf die lange Kontinuität eines gesteuerten Einwanderungskonzepts Kanadas hin, das von einer eindrucksvoll breiten Bevölkerungsmehrheit getragen wird. Saul war von 2009 bis 2015 Präsident des Schriftstellerverbandes PEN International. 2014 war er Redner bei den 18. Karlsruher Gesprächen zum Thema „Die Welt(markt)gesellschaft – Vom Handel mit Waren, Daten und Menschen“.

Mit diesen zunächst relativ abstrakten Leitthesen und exemplarischen Erläuterungen lässt sich die **Hauptthese**, die für die diesjährigen Karlsruher Gespräche ausschlaggebend ist, präzisieren:

Pluralistische Demokratien stehen unter Druck. Sie müssen aktiv, kritisch, selbstbewusst und engagiert unterstützt werden.

Bereits im vergangenen Jahr unter dem Titel „NationEUropa: Die polarisierte Solidargemeinschaft“ behandelten wir den immer tiefer werdenden Riss zwischen zwei Gesellschaftsbildern: auf der einen Seite eine Bejahung von Heterogenität, Pluralität und Solidarität; auf der anderen Seite eine Tendenz zur Homogenisierung, Radikalisierung und Isolation. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Schutz von Minderheiten: Diese und weitere über Jahrzehnte – zum Teil über Jahrhunderte – erkämpften Errungenschaften der Bürgerschaft werden gerade in vielen Ländern Europas inzwischen zu leichtfertig als selbstverständlich oder sogar disponibel angesehen.

Die objektive Lage von Jugendlichen, die etwa zwischen den südeuropäischen Ländern und Deutschland kaum unterschiedlicher sein könnte, aber auch ihr subjektives Empfinden, ihre Erwartungen, Haltungen und Enttäuschungen müssen wir sehr viel mehr in den Blick nehmen. Ein kontinuierlicher Dialog und verantwortungsvolles Handeln sind daher völlig unverzichtbar. Der Brexit beispielsweise hätte wohl keine Mehrheit bekommen, wenn Studierende und andere junge Menschen sich in die Debatte mehr eingebracht hätten und vor allem auch zur Wahl gegangen wären. Wenn dem so ist, müssen wir uns fragen: Welche Rolle haben Bildungskonzepte und Angebote an dieser Entwicklung? Was machen wir falsch?

³ Sen, Amartya: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, München 2007.

⁴ Saul, John Ralston: „Lasst sie in die Zukunft schauen“. Warum Kanada die Integration von Flüchtlingen besser gelingt – und Europa das Problem falsch angeht, in: Der Spiegel, Nr. 6, 2017; Onlinedokument: <https://magazin.spiegel.de/SP/2017/6/149411873/index.html> [03.03.2017].

In seiner berühmten und heute noch überaus aktuellen Schrift „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“⁵ ging es Karl Popper in erste Linie um die aufgrund ideologisch vorgeprägter Weltanschauungen und machtpolitischer Bestrebungen eingeschränkte Entfaltung der für gesellschaftliche Entwicklung so entscheidenden freien und selbstverantwortlichen Kräfte der Menschen. Lange Zeit galten offene Märkte und Demokratie als Lösungsmodelle, die sich gegenseitig bedingen und zwangsläufig zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen führen würden. Inzwischen müssen wir feststellen: Zunehmend viele Menschen haben Angst – begründet oder auch unbegründet, darüber werden wir reden – und stellen diese Vorstellungen zunehmend infrage. Die ständig globaler und intransparenter werdenden Märkte scheinen diese lang gehegten Grundannahmen zu widerlegen.

Neue und auch überkommene Herausforderungen sind unübersehbar. Qualifizierte Analysen, Problemlösungen und dazu kurzfristig umsetzbare Programme sind nicht schnell zu haben. Das gilt umso mehr, wenn sie auf der Basis konsensgetragener demokratischer Kultur verabschiedet werden sollen.

Eine pluralistische Gesellschaft des Miteinanders ist in ihren Zielen und ihren rechtsstaatlichen Rückbindungen schwieriger zu erklären und zu verstehen als autoritäre Herrschaftsformen. Um ihre Wertschätzung zu sichern, brauchen wir mehr Formate, qualifizierte Diskussionen, attraktive Aktionsmöglichkeiten und ein Bürgerbewusstsein, das um die Bedeutung von Partizipation in der Demokratie weiß. Dazu gehört das klare Bekenntnis zu einer konstruktiven Kultur des Streits. Dank unserer großzügigen Förderer und Kooperationspartner konnten die Karlsruher Gespräche seit 21 Jahren dazu beitragen.

⁵ Popper, Karl: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bde., Bern 2003 (1957).